



Zukunft Zulgatal öffentliche Informationsveranstaltung 21. Juni 2010, Mehrzweckgebäude Homberg

Programm:

20.00	Begrüssung, Vorgeschichte, Auftrag, Ziele
20.10	Übersicht Kanton Bern
20.15	Grundlagenbericht und Vergleichsgemeinden
21.15	Diskussion und weiteres Vorgehen
22.00	Abschluss

Hans Rudolf Zaugg begrüsst rund 70 Teilnehmer/innen aus dem Zulgatal. Die Presse ist an dieser Info-Veranstaltung nicht vertreten.

Seitens des Projektausschusses nehmen Zaugg Hans Rudolf, Oeschger Robert teil. Der Projektleiter Berger Heinz wird Inhalte aus dem Grundlagenbericht vorstellen. Wetli Stefan, Gemeindeschreiber Homberg, wird die Aktennotiz erstellen.

Die Orientierung erfolgt durch den Präsidenten des Projektausschusses Hans Rudolf Zaugg und den Projektleiter Heinz Berger von der Firma Finances Publiques AG. Für die Informationen wird auf die beigegefügte Folienkopien verwiesen.

Der Präsident hält in seiner Einleitung als Ziel des heutigen Abends fest: Wir wollen alle aktiv informieren, alle Anwesenden sollen im Bild sein was bisher abgeklärt wurde und was heute „auf dem Tisch“ liegt.

Zeitplan:

- Bis am 31. Juli 2010 liegt der Grundlagenbericht zur Vernehmlassung auf. Alle Einwohnerinnen und Einwohner des Zulgtales sind herzlich eingeladen, sich daran zu beteiligen.
- Nach Abschluss der Vernehmlassung wird die Arbeitsgruppe einen definitiven Antrag an die Gemeinderäte erlassen.
- Am Freitag, den 11. März 2011 werden alle zehn Gemeinden des Zulgtales an ihren Gemeindeversammlungen über die Fusionsvorlage beschliessen.
- Frühestens auf 1.1.2013 könnte eine neue fusionierte Gemeinde entstehen.

Heinz Berger seinerseits gibt während einer einstündigen umfassenden Orientierung einen Überblick über das ganze Projekt mit seinen Vor- und Nachteilen. Die Finanzen in den Zulgtalgemeinden sind gut, obschon durch zehn zum Teil einwohnermässig kleine Gemeinden die Fixkosten hoch sind. Finanziell wäre eine Fusion aller zehn Gemeinden die interessanteste Lösung. Zwischen linkem und rechtem Zulgatal fehlen aber die Brücken. Viele Aufgaben werden heute trotzdem bereits gemeinsam entweder innerhalb des Zulgtales oder aber so-

gar mit Steffisburg gelöst. Durch „Zentralisierungen“ nimmt der Publikumsverkehr auf den Gemeindeverwaltungen leider stetig ab.

Fragen aus der Versammlung / Diskussion

- Zaugg Hans Rudolf erläutert, dass im Bericht für alle drei Varianten die Zahlen erläutert werden.

Die Ergebnisse der "Gemeindeggespräche" sind evtl. ein wenig verwirrt wiedergegeben. Die Probleme und Ängste wurden an diesen Besprechungen aufgenommen und sind dementsprechend in den Bericht des entsprechenden Gemeindeggesprächs eingeflossen.

Es handelt sich dabei teilweise um Aussagen und Befürchtungen, welche zum Teil mittels weiterer Abklärungen widerlegt werden konnten resp. um Ängste und Unsicherheiten, welche im Zusammenhang mit einer Gemeindefusion aufkommen.

- Graber Samuel zeigt sich aufgrund der heutigen Beteiligung ein wenig enttäuscht. Es sind doch recht wenig Stimmberechtigte an den heutigen Info-Abend gekommen. Er wünscht angeregte Diskussionen, Informationen, Stellungnahmen der Gemeinden und dies bereits im Vorfeld der Abstimmungen. Wichtig ist, dass die Meinungsbildung stattfindet und zwar vor den jeweiligen Abstimmungen in den Gemeinden.

- Zulpost-Artikel

Aus der Versammlungsmittte wird kritisiert, dass in der Zul-Post sehr positiv über das Projekt informiert wurde. Die Berechnungen werden wohl stimmen und für die Gemeinden von Vorteil sein. Das Bauchgefühl sage aber, dass die Fusion nicht das Ei des Kolumbus sei...

Neuste Zahlen wären aber ebenfalls interessant. Eine stetige Anpassung des Zahlenmaterials ist für die Berichtsverfassung nicht möglich. Die Tendenzen werden aber genügend aufgezeigt.

Der Sprecher bedauert, dass sich die Gemeinde Schwendibach "absondert" und quasi dem Gebiet Linkes Zulgtal den Rücken kehren will.

- Auflistung Vor- und Nachteile / Verbindungen

Ein Versammlungsteilnehmer weist darauf hin, dass die Frage der (Verkehrs-) Verbindungen nicht gelöst sei. Um von der linken zum rechten Talseite zu gelangen gebe es keine direkten Verbindungen, die für ein gutes Zusammengehen vorhanden sein sollten. Neben der Auflistung und Bewertung der Vorteile einer Fusion sollten aber auch aufgelistet werden, was denn die Vorteile sind, wenn jede der Gemeinde selbständig bliebe.

- Zaugg Hans Rudolf:

Die Berechnungen basieren auf Zahlenmaterial 2007. Kaum sind die Zahlen auf Papier zusammengetragen, so sind diese schon fast wieder veraltet. Ein ständiges Nachführen des neusten Zahlenmaterials ist aber nicht möglich. Einen Entscheid im 2011 zu fällen macht Sinn.

Vor- und Nachteile zu gewichten und zu bewerten ist nun auch Aufgabe der Exekutiven jeder Gemeinde. Vorteile sind aber u.a. auch: Möglichkeit Behördenposten zu besetzen und somit genügend Behördenmitglieder auch in Zukunft, bessere Finanzen und somit bessere Steueransätze, die Regelung von Kompetenzen innerhalb der Region (Regionalisierung, welche schon eingesetzt hat und aufgrund der Aufgaben noch weiter ausgebaut wird).

Vieles wird sich in Zukunft noch weiter verändern, auch wenn in der Region die Regionalkonferenz abgelehnt wurde.

Mehrwerte von eigenen Verwaltungen wird jede Gemeinde für sich beantworten müssen. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass durch erfolgte Zentralisierungsaufgaben die Bürger immer weniger auf Ihre Verwaltungen gehen müssen.

Den Gemeinderäten stehen Instrumente zur Verfügung, dass die Vor- und Nachteile für die einzelne Gemeinde herausgearbeitet werden können.

- Projektleiter Berger: Der Zulgraben kann nicht wegdiskutiert werden. Wahlern und Albligen fusionieren trotz dem Sensegraben per 01. Januar 2011. Der Bericht, Tabellen etc. sind Hilfsmittel um die mögliche Fusion zu beurteilen. Der Gemeinderat ist führungsverantwortlich und muss seinen Bürger aufzeigen, ob und unter welchen Umständen eine Fusion sinnvoll ist.
- Fusion Steffisburg
Keine der möglichen Gemeinden, für welche eine Fusion mit Steffisburg in Frage kommen könnte, hat detaillierte Abklärungen vorgenommen. Anlässlich einer Besprechung zeigte sich Steffisburg offen für eine Fusion, welche aber ohne Vorbedingungen erfolgen würde (u.a. keine Sitzgarantie etc.). Es sind bisher diesbezüglich keine Entscheidungen gefallen.
- Stärkung der Region
Auf Anfrage aus der Versammlungsmitte wird die "Stärkung der Region" relativiert. Die Region wird mit einer Fusion nicht sehr viel stärker gegenüber andern Partnern. Die Gemeinde erhält soviel Gewicht in der Region wie ihr zusteht. In einigen Organisationen wäre halt die neue Gemeinde mit nur noch einer Stimme vertreten.

Zusammen könnte wahrscheinlich das eine oder andere besser erreicht werden (z.B. Gewerbezone). Aber dies sind nur Facetten in einer Gesamtbeurteilung.

Eine Gemeinde mit über 5'000 Einwohner wird aber ganz klar stärker wahrgenommen als Gemeinden mit weniger als 1'000 Einwohnern. Aus diesem Grund ist die Aussage gleichwohl richtig.

- Verwaltungsstandorte
Ob ein Verwaltungsstandort oder zwei die ideale Lösung sind, muss der Bürger resp. die Exekutive der neuen Gemeinde selber beurteilen. Es kann auch keine Garantie abgegeben werden, dass für immer und ewig zwei Verwaltungsstandorte geführt werden.

Der Verwaltungsstandort Homberg ist eine Konzession an den Weg und an das relativ neue Verwaltungsgebäude.

Ziel wäre es, die Anliegen der Bevölkerung auch in Homberg zwecks Weiterbearbeitung entgegen zu nehmen, ohne die Talseite wechseln zu müssen.

Zudem ist es auch eine Frage der Finanzen, einen Verwaltungsstandort so auszubauen, dass sämtliche Abteilungen unter einem Dach sind.

Im Gegensatz zu einer Bank (Raiffeisenbank) ist der wirtschaftliche Druck auf die Gemeinde anders; es geht darum unnötige Verwaltungsarbeit zu vermeiden um so Einsparungen vornehmen zu können.

- Auf Anfrage aus der Versammlungsmitte geben Vertreter der Gemeinde Schwendibach bekannt, dass Schwendibach bei der Antragstellung nicht zugegen war. Von den damals anwesenden Gemeinden stimmten bei der Schlussabstimmung alle Gemeindevertreter für die Variante 1, vorab wurde jedoch hart verhandelt und die Abstimmungen erfolgten vorgängig nicht immer einstimmig für die eine oder andere Variante.
- Oeschger Robert, Gemeindepräsident Buchholterberg, erklärt auf Anfrage, dass Buchholterberg derzeit Gespräche mit Bleiken führe. Bleiken ist eine Nachbargemeinde, welche derzeit Abklärungen betr. der "Zukunft" vornimmt. Weitere Abklärungen mit andern Gemeinden sind nicht im Gang.
- Projektleiter Berger Heinz erläutert, dass Investitionen im Gemeinwesen regelmässig anfallen. Auch neue oder erweiterte Infrastrukturen für Bildungsbauten würden bei einer allfälligen 10-er Fusion von allen mitgetragen.

Im Gegensatz dazu könnten auch alle Gemeinden von den vorhandenen "Holzvorräten" der Waldungen profitieren.

Verkäufe von Waldungen oder Liegenschaften sind infolge der Fusion nicht geplant. Wie sich später die fusionierte Gemeinde entscheidet, kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden.

- Die Abstimmung in allen Gemeinden findet am 11. März 2011 statt.
- Die Gemeinden über das ganze Zuggebiet gesehen sind heute schuldenfrei. Anstehende Investitionen könnten gemeinsam getragen werden.

Durch die alten Gemeinden beschlossenen Investitionen (insbesondere deren Folgekosten) werden nach der Fusion durch die neue Gemeinde getragen. Es ist jedoch nicht so, dass die eine oder andere Gemeinde noch Grossprojekte beschliessen dürfte, welche dann durch die fusionierte Gemeinden zu finanzieren sind. Die Fusionsverträge beinhalten die gegenseitige Informationspflicht, Grundsätzlich behalten jedoch die Gemeinden ihre Hoheit bis zum Fusionsdatum (Strassenunterhalt/Gebäudeunterhalt etc. wird weiterhin ausgeführt). Die Gemeinden bleiben bis zum Fusionszeitpunkt autonom.

In welchem Umfang eigenständige Gemeindeverwaltungen Mehrwerte für die Gemeinde schaffen, muss jeder Gemeinderat für seine Gemeinde beurteilen.

Bereits im heutigen Zeitpunkt besitzen die zehn Gemeinden einen Vertrag, welche u.a. auch die Informationspflicht beinhaltet.

- Das Abstimmungsprozedere für die Gemeindeversammlungen vom 11. März 2011 sind noch offen. Abklärungen werden derzeit mit Juristen des Amtes für Gemeinden und Raumordnung vorgenommen.

Das Abstimmungsprozedere wird in den Botschaften zu den Gemeindeversammlungen dargestellt werden.

- Grundlage, dass die drei Varianten näher geprüft wurden war der Bericht "Ladner", welcher aufgrund der erarbeiteten Grundlagen zum Schluss kam, dass drei Varianten für die Zugtalgemeinden möglich wären. Weitere Varianten wurden im Rahmen dieser Vorabklärungen nicht weiter geprüft.
- Eine Aufteilung von Teilen von Gemeindegebieten (z.B. Inner-Horrenbach zu Eriz) wurde im Rahmen dieser Abklärungen nicht weiter diskutiert.

- Mit den Abstimmungen über den Fusionsvertrag und das Organisationsreglement der neuen Gemeinde wird auch geregelt, welche Reglemente der "alten" Gemeinden auch in der neuen Gemeinde gelten. In der neuen fusionierten Gemeinde gelten jeweils die Bau- reglemente und die Zonenpläne weiterhin (bis zur Genehmigung einer Ortsplanungs- revision).

Weitere Reglemente werden zum Teil weiterhin bis zum Zeitpunkt eines neuen Regle- ments gültig bleiben. Ein Grossteil von bestehenden Reglementen wird aber per Fusi- onsstichtag aufgehoben.

- Auf eine Anfrage aus der Versammlungsmittte erklärt Zaugg Hans Rudolf klar, dass
 - . aufgrund des Auftrages die Abklärungen vorgenommen wurden, welche die Vor- und Nachteile einer Fusion aufzeigen (mit Varianten)
 - . die Gemeinden nicht fusionieren müssen, nur weil sich dies organisatorisch und finanziell für die Gemeinden lohnen würde
 - . er in keiner Art und Weise das Amt des Gemeindepräsidenten einer fusionierten Gemeinde anstrebe. Vielmehr möchte er sich aus den politischen Ämtern zurückziehen.
- Stellungnahmen und Bemerkungen können im Rahmen der Vernehmlassung an [in- fo@eriz.ch](mailto:info@eriz.ch) bis Ende Juli 2010 eingereicht werden.

Schluss der Informationsveranstaltung um 22.20 Uhr

Für die Aktennotiz
Gemeindeverwaltung Homberg
Der Gemeindeschreiber

Stefan Wetli

Beilage

Foliensatz (pdf)